

Nicht angesagt

Die Schulbehörde rechnet nicht damit, dass eine nennenswerte Zahl von Schülerinnen und Schülern das Schuljahr wegen der Corona-Pandemie freiwillig wiederholen will. »Bislang haben wir keine Meldungen aus den Schulen erhalten«, sagte ein Sprecher. Allerdings müssten noch die Zeugniskonferenzen Mitte Juni abgewartet werden. Bundesweit wird davon ausgegangen, dass rund ein Viertel der rund elf Millionen Schüler_innen in Deutschland Lernrückstände aufzuholen hat, weil sie per Fernunterricht kaum oder nur schlecht erreicht wurden.

Die Rettung

Aufgrund der Corona-Pandemie ist die finanzielle Lage vieler Studierender prekär. Um das monatliche Einkommen trotzdem weiter abzusichern, haben die Bundesländer das jeweils geltende Hochschulgesetz angepasst und die Regelstudienzeit um ein bis drei Semester verlängert. Da der BAföG-Zuschuss Studierenden nur in der Regelstudienzeit zusteht, soll so die finanzielle Sicherheit während des Studiums gewährleistet werden. Damit stehen Studierenden im Bundeschnitt insgesamt 7.060 Euro an zusätzlichen Förderungsgeldern zu.

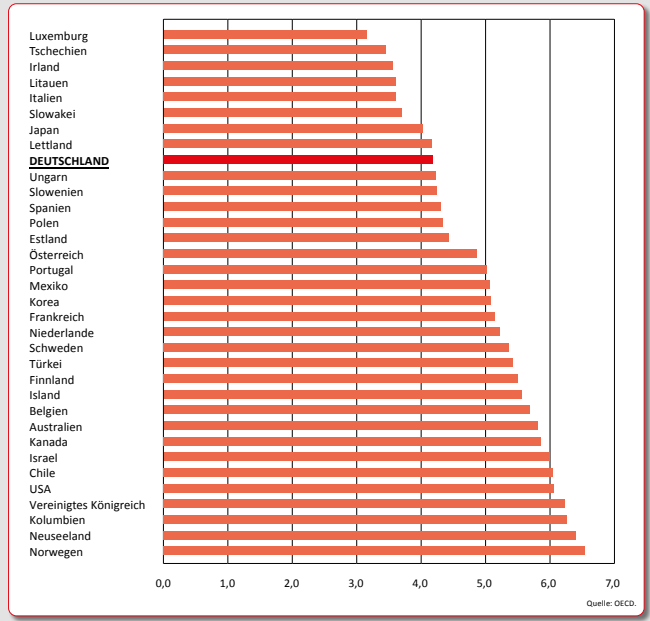
Kinderlein kommet

In den kommenden fünf Jahren will der Senat mehr als 5000 Kita-Plätze an Schulen schaffen. Dazu sollen an mindestens 50 Schulstandorten bestehende Kitas erweitert oder neu etabliert werden. Den Kita-Kindern soll so auch ein leichter Übergang in die Grundschule ermöglicht

werden. Für den Bau stünden jährlich fünf Millionen Euro bereit. 2020 wurden laut Statistikamt Nord an 1133 Kindertages-

einrichtungen in Hamburg rund 84.000 Kinder von etwa 21.000 Erzieherinnen und Erziehern betreut.

Abb. 10: Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2017, in Prozent



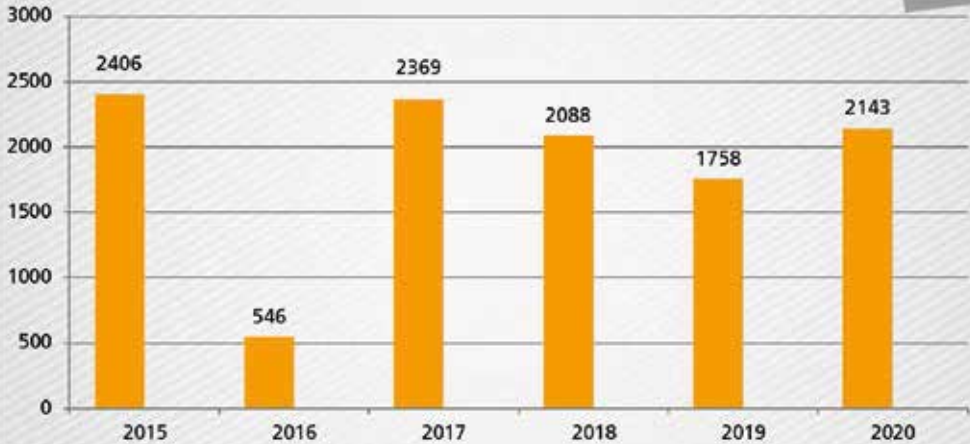
Wenn selbst die Mutterländer des Kapitalismus, das Vereinigte Königreich und selbst die USA, ein Drittel mehr – gemessen am Volkseinkommen – für Bildung ausgeben als hierzulande üblich (s. Grafik) oder besser noch: wir müssten die Bildungsausgaben noch einmal um nahezu 50 Prozent(!) steigern, dann deckt sich dies erstmal nicht mit dem Bild Deutschlands in der Welt als das Land der Dichter und Denker. Es passt eher zu dem Bild der Bankster, die sich in einem Maße am gesellschaftlichen Reichtum bedienen, dass für Bildung nicht genug übrig bleibt (s. Grafik S. 7). Vielleicht will man eben keine gebildeten Menschen, sondern naive, die jene bewundern, die derart viel verdienen, weil ihnen gesagt wurde, dass das das Ergebnis von Leistung sei. Wie klein muss sich dann jede_r Normalverdiener_in fühlen, wenn er/sie Leistung am Einkommen bemisst? Es muss auch was mit Bildung zu tun haben, wenn Menschen Parteien wählen, die das Motto in ihrer Wahlpropaganda verbreiten: „Leistung muss sich wieder lohnen!“

Da diese Ausgabe die letzte vor der Bundestagswahl ist, erlauben wir uns als Redaktion mittels dieses kleinen Kommentars, uns ein bisschen einzumischen. Die von der GEW ganz neu herausgegebene Broschüre, der wir die Grafik entnommen haben, macht auch Vorschläge, wie man die Bildungsfinanzierung auf andere Füße stellen kann. JG

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2021-05-Bildungsfinanzierung-Fokus-Schule.pdf

Warmer Geldregen variable Vergütung der Deutschen Bank in Mio. Euro

ver.di



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Handelsblatt vom 12.3.2021

Quelle: Wirtschaftspolitik aktuell 06 / 2021

Banker feiern Corona-Party

Mitten in der Pandemie feiert die Deutsche Bank eine Riesenparty. Das größte Geldhaus der Republik zahlt für 2020 zwei Milliarden Euro Boni und Halteprämien. Hauptprofiteure sind über 4000 Investmentbanker_innen. Ihr Bonus stieg um 40 Prozent auf durchschnittlich fast 240.000 Euro. Dafür muss eine Krankenschwester sechs Jahre lang arbeiten.

Die Bank beschäftigt jetzt 684 Einkommensmillionär_innen. Und auch der Chef kassiert kräftig mit. Das Gehalt von Christian Sewing stieg um fast 50 Prozent auf 7,6 Millionen Euro. Der gesamte Vorstand erhält 50 Millionen.

Der rasante Anstieg der Boni ist dem Boom der Kapitalmärkte geschuldet. Die Aussicht auf steigende Aktienkurse und Immobilienpreise bringt

Vermögende dazu, ihr Geld in Wohnungen und Unternehmen zu stecken.

Während Millionen Beschäftigte kurzarbeiten und viele Einzelhändler_innen, Gastronom_innen, Reisebüros und Künstler_innen ums Überleben kämpfen, klettern Aktien und Häuserpreise.

Doch nicht alle Deutschbanker_innen dürfen mitfeiern. Callcenter-Mitarbeiter_innen müssen für Lohnzuwächse und ein 13. Monatsgehalt streiken. Zudem will das Management mehrere 1000 Stellen streichen. Gerecht geht anders.

Wenn das Management – wie das der Deutschen Bank – jede soziale Balance verliert, muss die Politik eingreifen: Mit einer Begrenzung von Managergehältern und mit einer höheren Besteuerung hoher Einkommen.

Besseres Abitur

Trotz des Pandemie-Schulbetriebs sind die Abitur-Prüfungen in diesem Jahr besser ausgefallen als früher, wie die Schulbehörde mitteilt. In Mathe lag die Durchschnittsnote mit 2,74 über der von 2020 mit 3,25. Auch in Deutsch und Englisch gab es bessere Noten. (taz)

Kein Bock mehr

210.000 Schüler_innen haben laut Schätzungen der Bundesar-

beitsgemeinschaft der Landesjugendämter 2020 die Ausbildung abgebrochen. Das sind doppelt so viele wie in den Vorjahren.

Spuren hinterlassen

80 Prozent der Kinder und Jugendlichen fühlen sich ein Jahr nach Beginn der Pandemie belastet, fast jedes dritte Kind leidet unter psychischen Auffälligkeiten, so das Ergebnis einer Studie (Copsie) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.

Letzte Meldung

Die Hamburger CDU ist erklärte Gegnerin gendergerechter Sprache – und will diese Haltung zum Hauptwahlkampfthema machen. Man spreche sich dafür aus, dass »in allen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen keine grammatisch falsche Gender-Sprache verwendet wird«, heißt es in dem Beschluss der Partei.